



Foto: dpa

Reform dringend notwendig

Vorsicht Altersarmut!

In Modellen zur Rentenberechnung spielt bis heute der deutsche „Eckrentner“ eine Rolle: 45 Versicherungsjahre mit durchschnittlichem Verdienst. Der Abgleich mit der Realität zeigt: Das Modell ist ebenso stattlich wie realitätsfern. Zurzeit ist Altersarmut noch kein Massenphänomen, doch es gibt Hinweise, wohin die Reise geht. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die auf Grundsicherung angewiesen sind, stieg bereits – seit 2003 von gut 400.000 auf knapp 700.000 im Jahr 2006.

Bewertet man Zahlen des Alterssicherungsberichts (2008) und des jüngsten Armuts- und Reichtumsberichts, haben die Rentnerinnen und Rentner im Westen und im Osten aufgeholt, sie erreichen knapp den durchschnittlichen Lebensstandard der jeweiligen Gesamtbevölkerung. Analysen des DGB und anderer Verbände zeigen aber: Altersarmut droht vor allem künftigen Rentnerinnen und Rentnern. Seit den 1990er-Jahren senken Reformen Schritt für Schritt das zu erwartende Rentenniveau. Ursachen sind unter anderem, dass rentenrechtliche Ausbildungszeiten kaum eine Rolle spielen, bei der gesetzlichen Rente Abschied vom Lebensstandardversicherungsprin-

zip genommen wird und der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel eingeführt worden ist. Nach Recherchen des DGB-Rentenexperten Ingo Nürnberger sinkt das Alterseinkommen bis 2020 trotz zusätzlicher Vorsorge. GEW-Vorstandsmitglied Anne Jenter betont: „Altersarmut ist ein Problem, das sich auf türmen wird, wenn die Gewerkschaften jetzt nicht gegensteuern.“

Was im Alter arm macht

Nach den Niveauabsenkungen ist Altersarmut ein grundsätzliches Problem: Wer als Facharbeiter mit 65 nach 40 Jahren durchschnittlich bezahlter Arbeit in Rente geht, erhält rund 950 Euro Rente

Inhalt

Titel

Reform dringend notwendig –
Vorsicht Altersarmut!

Seite 1–2

Rentenabschläge
abschaffen –
GEW-Kommentar
Seite 2

Interview –
Rente Zukunft
geben
Seite 3

Lesetipp
Seite 3

Kurz und wichtig
– Bewegung in der
Ostrentenfrage
– In Kürze
Seite 4

Impressum
Seite 4

Rentenabschläge abschaffen

GEW-Kommentar



Foto: Privat

Ilse Schaad

Jede dritte Frührente geht auf eine psychische Erkrankung zurück. Arbeitsverdichtung, Stress und Fehlbelastungen in den Erziehungs- und Lehrberufen sind fast alltäglich: Gespart wird am Personal, an den Investitionen in die Gesundheitsprävention und in effektive Schutzmaßnahmen.



Foto: Privat

Anne Jenter

Gespart wird dann auch noch bei der Erwerbsminderungsrente (EM-Rente): Neurentnerinnen und -rentner bekommen im Durchschnitt heute weniger als vor zehn Jahren. Wer gesundheitlich nicht mehr kann und vor dem 63. Geburtstag ausscheidet, wird

mit Rentenabschlägen bestraft – das trifft pro Jahr fast 170.000 Beschäftigte.

Die bittere Konsequenz: arm und krank. Erst 2008 erklärte das Bundessozialgericht diese Regelung für rechtens – dagegen wehrt sich der DGB mit einer Verfassungsbeschwerde. Beseitigt das Bundesverfassungsgericht diese soziale Schiefelage nicht, muss die Politik ihren Fehler selbst korrigieren!

Die GEW ist nach wie vor gegen Rentenabschläge von bis zu 10,8 Prozent:

- Wer schwer krank ist, geht unfreiwillig in Rente. Abschläge haben weder abschreckende noch steuernde Wirkung, sie sind systemwidrig!
- Die Abschläge gelten auch für die Hinterbliebenen von Erwerbsminderungsrentnern – eine zusätzliche soziale Härte.

In einer Broschüre der Bundesregierung zur EM-Rente heißt es: „(...) in dieser schwierigen Situation stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ungeschützt da.“ In der Realität ist Erwerbsminderung ein großes Armutsrisiko. Rentennewuzugänge erhielten 2007 durchschnittlich rund 660 Euro im Monat, 1999 waren es noch knapp 710 Euro. Die Abschläge abschaffen – das ist ein Baustein zur Armutsvermeidung im Alter.

Anne Jenter, GEW-Vorstandsmitglied Seniorenpolitik
 Ilse Schaad, GEW-Vorstandsmitglied Angestellten- und Beamtenpolitik

im Westen, im Osten etwa 850 Euro; ab 2030 wären das – nach dem aktuell geltenden Rentenrecht – rund 200 Euro weniger. Auch Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt wirken sich aus: 2008 waren über 36 Prozent der Arbeitslosen länger als zwölf Monate ohne Job. Ein Langzeitarbeitsloser erwirbt zurzeit in einem Jahr einen monatlichen Rentenanspruch von 2,17 Euro. Der DGB fordert flächendeckend Mindestlöhne und die Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse. Denn allein zwischen 2003 und 2008 gingen fast eine Million Vollzeit-Arbeitsverhältnisse verloren, Leih- und Teilzeitarbeit sowie geringfügige Beschäftigungen nahmen zu. Die Erwerbsbiografien in den östlichen Ländern sind stärker von Arbeitslosigkeit und (unfreiwilliger) Teilzeit geprägt. Das durchschnittliche Nettoeinkommen liegt dort etwa 22 Prozent unterhalb des Westniveaus.

Frauen haben ein besonders hohes Armutsrisiko: Mit durchschnittlich 25 Erwerbsjahren sowie geringeren Verdienstchancen bleiben sie weit hinter den Männern zurück, die es im Durchschnitt noch auf über 40 Erwerbsjahre bringen. EU-Erhebungen ermitteln für Deutschland 23 Prozent Entgeltgefälle zwischen Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit. Brüche in der Erwerbsbiografie und häufige Teilzeitarbeit sind weitere Fakten. Wer aus gesundheitlichen Gründen vor dem vollendeten 63. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben ausscheidet, ist von Rentenabschlägen betroffen (siehe auch Kommentar links), wer eine Rente wegen teilweiser

Erwerbsminderung erhält, muss Teilzeit arbeiten oder Sozialhilfe beantragen.

Maßnahmenpaket

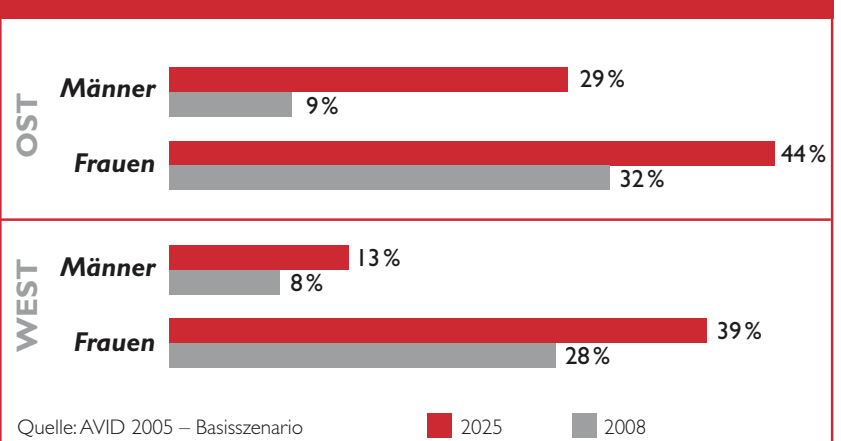
Expertinnen und Experten der Gewerkschaften und Verbände sind sich einig: Es reicht nicht, die heutige Alterssicherung zu verteidigen. Deren Basis muss erneuert werden. Der DGB fordert als vordringliche Maßnahmen:

- soziale Reformen in der Alterssicherung, Niveaubremsung bremsen,
- Erwerbstätigenversicherung für alle (siehe Interview mit Annelie Buntenschach, DGB-Vorstand, Seite 3),
- bessere Absicherung von Niedrigeinkommen – wie mit der früheren Rente nach Mindesteinkommen,
- bessere Absicherung bei Langzeitarbeitslosigkeit,
- Erwerbsminderungsrenten verbessern: beim Zugang, den Abschlägen und der Zurechnungszeit,
- Ausbau der betrieblichen Altersversorgung mit Arbeitgeberbeteiligung
- und vor allem flexible Übergänge statt Rente mit 67.

Armutsvermeidung und Anschluss an den Lebensstandard im Arbeitsleben sind für künftige Rentnerinnen und Rentner mit einem Maßnahmenbündel anzustreben. Dabei ist und bleibt die gesetzliche Rentenversicherung der Dreh- und Angelpunkt: Für die überwiegende Mehrheit ist sie nach wie vor das wichtigste finanzielle Standbein im Alter.

Beate Eberhardt, freie Journalistin

Altersarmut droht... Renten von 400 bis 699 Euro



Interview

Rente Zukunft geben

Die gesetzliche Rentenversicherung stärken, ihre Einnahmeseite verbreitern, die Idee prägt die sozialpolitischen Debatten der Gewerkschaften. Dialog sprach mit dem zuständigen DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach über Armutsvermeidung und das Modell einer Erwerbstätigenversicherung.



Foto: Susann Loessin

Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

so weit zusammengekürzt, dass selbst Durchschnittsverdiener im Alter Probleme bekommen. Dazu kommt, dass immer mehr Menschen in mies bezahlte Jobs gedrängt werden. Insbesondere Geringverdiener haben zum Leben zu wenig und keinen Spielraum für die zusätzliche Altersvorsorge. Wir wollen mit der Kampagne erreichen, dass die Politik endlich aufwacht und erkennt: Uns droht morgen eine Bugwelle der Altersarmut, die wir heute bekämpfen müssen.

Dialog: Stress und Belastungen im Beruf nehmen zu, trotzdem sollen die Menschen bis 67 Jahre arbeiten.

Buntenbach: Wir fordern weiter, dass die Rente mit 67 vom Tisch kommt. Sie wird für die allermeisten Menschen eine pure Rentenkürzung sein, denn der Arbeitsmarkt gibt kaum her, dass man bis zu diesem Alter arbeiten kann. Es be-

steht die Gefahr, kurz vor der Rente wegen Langzeitarbeitslosigkeit noch in Hartz IV abzurutschen. Damit geht dann auch der größte Teil der Ersparnisse drauf. Deshalb setzen wir uns für flexible und abgesicherte Übergänge in die Rente ein. Es muss aber deutlich mehr passieren: Mehr Arbeitsplätze auch für Ältere, Prävention im Betrieb und bessere Arbeitsbedingungen für Alt und Jung. Das ist für Pädagoginnen und Pädagogen schon allein wegen der hohen psychischen Arbeitsbelastungen wichtig. Außerdem dürfen diejenigen nicht vergessen werden, die aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsleben scheiden müssen. Schon heute halten viele nicht bis zum 65. Lebensjahr im Job durch.

Dialog: Der DGB möchte die solidarische Alterssicherung in Form einer Erwerbstätigenversicherung festigen. Was hat man sich darunter vorzustellen?

Buntenbach: Wir sagen: Rente – da ist mehr drin. Dazu wollen wir, dass alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Viele werden in prekäre Jobs und damit aus der solidarischen Alterssicherung gedrängt. Die 2,2 Millionen Solo-Selbstständigen – also mehr als die Hälfte aller Selbstständigen – können

kaum vorsorgen, viele stehen ohne Schutz für das Alter da. Gerade Politikerinnen und Politiker sowie Vermögende müssen dazu beitragen, dass die Rente für alle zum Leben reicht und Altersarmut vermieden wird. Deswegen gehören alle in eine gemeinsame Rentenversicherung.

Dialog: In den letzten Jahren wurde von vielen Propheten die kapitalgedeckte Vorsorge propagiert.

Buntenbach: Auch wenn sie Reformen braucht: Die solidarische Rente ist immer noch die mit Abstand sicherste Bank, wenn man sie mit dem Kapitalmarkt vergleicht. Spätestens mit der Finanzmarktkrise haben viele die bittere Erfahrung machen müssen, wie schnell ihre Träume von der hohen Rendite gepplatzt sind.

Das Interview führte Beate Eberhard.

Annelie Buntenbach ist Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands und unter anderem für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verantwortlich.

Mehr Arbeit, mehr Lohn, mehr Rente! Alle Informationen zur aktuellen DGB-Rentenkampagne gegen Altersarmut – Motto: „Rente muss zum Leben reichen“ – im Internet:

www.ichwillrente.net oder www.dgb.de.

Lesetipp

Eine neue Unterschicht – vergisst Deutschland seine Armen? Ein Buch versammelt Porträts von Menschen, die tief gefallen oder nie aufgestiegen sind. Klinger, König: Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland.

Rowohlt, 2. Auflage 2008, 254 Seiten, 14,90 Euro, ISBN: 978-3-87134-552-4.

Jahrbuch „Gute Arbeit“ 2009

Mehr gute Arbeit gestalten, Handlungsfelder in Betrieben und Dienststellen. Das Buch ist ein Impulsgeber für Praktiker. Schröder, Urban (Hrsg.): Gute Arbeit. Ausgabe 2009.

Bund-Verlag Frankfurt am Main, 373 Seiten gebunden, 39,90 Euro. www.bundverlag.de oder www.buchundmehr.de.

Bewegung in der Ostrentenfrage

Noch immer gilt zweierlei Rentenrecht in Deutschland, obwohl sich der Mauerfall 2009 zum 20. Mal jährt. Wer 1989 als DDR-Durchschnittsverdiener seine Rentenbeiträge im Osten gezahlt hat, bekommt dafür 23,34 Euro Monatsrente, wer 1989 als BRD-Durchschnittsverdiener seine Rentenbeiträge im Westen gezahlt hat, bekommt 26,56 Euro Monatsrente. Beim Verfassen des Rentenüberleitungsgesetzes wurde eine rasche Lohnangleichung erwartet, in der Folge die schnelle Rentenangleichung. Inzwischen ist klar, dass die Lohnangleichung erst in ferner Zukunft Realität wird. Deshalb setzt sich in der Politik die Einsicht durch, dass bei der Schaf-

fung eines einheitlichen Rentenrechts dringender Handlungsbedarf besteht. Mit dazu beigetragen hat das „Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern“, dem neben der GEW die Gewerkschaften ver.di, Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Transnet sowie die Sozialverbände Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) und Volkssolidarität angehören. Gemeinsam streiten wir für den „Angleichungszuschlag im Stufenmodell“, den wir schon 2006 und erneut im Dezember 2008 mit einer großen Tagung präsentiert haben (siehe auch: www.gew.de).

Noch ist Überzeugungsarbeit nötig: Die großen Industriegewerkschaften und der Sozialverband VdK sind noch nicht mit „im Boot“. Aber ein Etappenziel ist erreicht: Die Vertreter der Regierungsparteien haben verstanden, dass eine „kostenneutrale“ Lösung, wie sie der Wirtschafts-Sachverständigenrat, Grüne und FDP vorgeschlagen haben, politisch nicht tragfähig wäre. Dabei würde der Ost-West-Unterschied „weggerechnet“, ohne dass die Rentnerinnen und Rentner im Osten einen Cent mehr Geld bekämen.

*Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im GEW-Arbeitsbereich
Angestellten- und Beamtenpolitik*

In Kürze

Wir sind GEW!

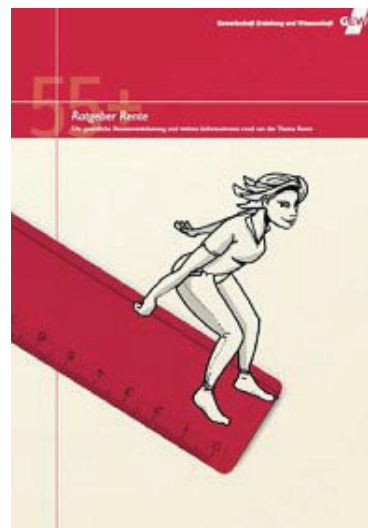
Beim Bundesausschuss der Seniorinnen und Senioren (BSA) referierte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne über die DGB-Strukturdebatte und -Seniorenpolitik. Wortmeldungen aus dem Plenum betonten die Bedeutung kleiner Gewerkschaften als Heimat der Mitglieder.

Der BSA beschäftigte sich auch mit dem GEW-Gewerkschaftstag, an dem fünf BSA-Mitglieder als Delegierte, drei als Gastdelegierte teilnehmen. Thema war zudem der BAGSO-Seniorentag (Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen), den der BSA mit organisiert.

Was macht Bremen?

Die Arbeitsgruppe GEW-Senioren hat als Themen für 2009 geplant: geschlechtergerechte Bildung, das neue Bildungssystem in Bremen und AG Senioren: Wie klinken wir uns in die GEW-Arbeit ein?

Kontakt: Ingrid Emmenecker,
Telefon und Fax: 0421 7012 66.



Wie war das mit der Rente?

Antworten gibt der neue „Ratgeber Rente. Die gesetzliche Rentenversicherung und Informationen rund um das Thema Rente“. Das Heft liegt seit Februar vor und kann bestellt werden, Mail: gew-shop@callagift.de, Artikel-Nr. 1307, Mindestabnahme zehn Stück (zzgl. Versand 6,95 Euro), Einzelheft: Mail: broschueren@gew.de, 3,50 Euro (inkl. Versand).

Morgens haben sie Recht, mittags frei?

Die Junge GEW Südbaden legte in der Freiburger Fußgängerzone eine Bodenzeitung aus; den Satzanfang „Lehrerinnen und Lehrer sind...“ sollten Passanten ergänzen, dazu gab es ein Flugblatt mit Fakten. Nachdenkliche, positive und ablehnende Meinungen kamen zutage, eine rege Debatte über den Beruf und die Schulsituation in Gang. Die Redaktion „Aktiver Ruhestand“, die baden-württembergische Seniorenzeitung, berichtete über die tolle Aktion.

Lesetipp: Mehr wissen – Daten zur Rentenpolitik

Fakten und Informationen bieten:

- Altersvorsorge in Deutschland (AVID 2005), eine Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums und der Deutschen Rentenversicherung Bund, www.altersvorsorge-in-deutschland.de
- Alterssicherungsbericht 2008, Bundesarbeitsministerium, www.bmas.de/coremedia/generator/29492/2008_11_19_alterssicherungsbericht.html

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt/M.
Tel.: (069) 7 89 73-0
Fax: (069) 7 89 73-2 01
E-Mail: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:

Ulf Rödde (verantwortlich),
Anne Jenter, Sarah Holze, Hans
Clauser, Beate Eberhardt, Frauke
Gützkow, Hildegard Klenk

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann
GmbH, Frankfurt/M.

Druck:

apm AG, Darmstadt